Hier kommentiert Jens Berger die Demonstrationen gegen die AfD. Es sei ein „merkwürdiger Vorgang“, wenn in einer Demokratie die Menschen nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Opposition auf die Straße gehen. Hingewiesen wird auf den „Wippschaukeleffekt“: „Je düsterer man die AfD darstellt, desto heller wirkt man selbst … auch wenn man sich inhaltlich oft gar nicht so sehr unterscheidet“. Erst wenige Wochen alt sei z.B. der Satz „Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“ von Bundeskanzler Scholz. Man könne hier auch von Doppelmoral sprechen. Wir danken für die zahlreichen und interessanten Leserbriefe. Es folgt nun eine Auswahl. Für Sie zusammengestellt worden ist sie von **Christian Reimann**.

---

1. Leserbrief

Hallo,

scharfsinnig und treffend

(und mutíg gegen den Strom der Gleichschaltung muss inzwischen leider dazu gesagt werden).

Als trauriges Gegenbeispiel kann z.B. der heutige Kommentar von Gabor Steingart in seiner Pioneer-Postille gelten, der – seinen ausgewiesenen und erprobten Scharfsinn aus unbekannten Gründen abschaltend – sich in Anpassung und Unterwürfigkeit präsentiert.

Jürgen Kunze

---

2. Leserbrief

Sehr geschätzter Jens Berger,

aus meiner Sicht ganz eindeutig “Doppelmoral”! Danke für diese Analyse – meines Erachtens (m.E.) auf den Punkt!

Hier zeigt sich erneut das m.E. übliche Schmierentheater/Verwirrspiel – man könnte m.E. auch Kampagnen dazu sagen – des m.E. deutschen, extremistischen Spektrums der sogenannten politischen “Mitte” (DieLinke/Grüne/SPD/CDU/CSU/FDP), inszeniert für die

m.E. deutsche, politisch mehrheitlich uninteressierte Bevölkerung, um diese Bevölkerungsmehrheit “auf Linie” zu halten (denn es geht in der Politik immer nur um “die Mehrheit)! Dieses Desinteresse der deutschen Bevölkerungsmehrheit an dem politischen Gebahren der extremistischen, sogenannten politischen “Mitte” wird die gesamte deutschen Bevölkerung teuer bzw. noch teurer wie bisher zu stehen kommen.

Wer in Bezug auf kommende Landes-/Bundestagswahlen die m.E. extremistischen Parteien DieLinke/Grüne/SPD/FDP (m.E. zurecht) abstraft, dann aber bei den nächsten Wahlen womöglich zur CDU/CSU wechselt – auch indem er/sie nicht wählen geht – der kommt von der (politischen) Pest zur (politischen) Cholera.

Sonntagsfrage (Forsa) Stand heute:
Sachsen: CDU 30 % !!!!!!!!! (SPD 7 %, Grüne 8 %, FDP 3 %, AfD 34 %)
Bundesweit: CDU 31 % !!!!!!!!! (SPD 13 %, Grüne 14 %, FDP 4 %, AfD 22 %) – auf Bundesebene würde nach wie vor eine Koalition der m.E. politisch extremistischen, sogenannten “Mitte” möglich sein!

Herzliche Grüße
Andreas Rommel

---

3. Leserbrief

Gute Frage, lieber Jens Berger.

Ich tippe auf “Doppelmoral” und Indoktrination.

Alle, die nun “gegen rechts” auf die Straße gehen , würden an Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn sie gleichzeitig gegen die kriegstreibende, inhumane Politik der Regierung und Parteien demonstrierten.
Die Empörung, die jetzt massenhaft vorgeführt wird und politmediale Aufmerksamkeit erhält, hätte ich mir auch im Umgang mit “Corona-MaßnahmekritikerInnen” gewünscht.

Keine geheimen, sondern lautstarke Forderungen nach deren Ausgrenzung bis hin zum Verfrachten ausser Landes, gab es da zuhauf.

Siehe”Möge die ganze Republik mit dem Finger auf sie zeigen”.

Regierungen und Regierte erlagen autoritären Versuchungen und folgten unhinterfragt

totalitären, faschistoiden Praktiken.Dies will das gar nicht so unabhängige “Correctiv” anscheinend mit seiner sog. Enthüllung vergessen machen?

Auf einmal sind alle Antifaschisten!

So entsorgen vermutlich einige von diesen mit dem Label “gegen rechts” ihre Schuld/Schamgefühle bezüglich Corona-Exzess-Phantasien und Verhalten?!

Friedensbewegte Grüße
Ute Plass

---

4. Leserbrief

Lieber Jens Berger,

wieder mal ganz großes Kino! Das ging den Ampel-Demagogen exakt zwischen die Augen (pardon!).

Seit den „Aufrufen“ der Ampelhelden zu diesen Demonstrationen ging mir genau das durch den Kopf, was Sie so treffend niedergeschrieben haben.

Großartiger Artikel!

In Erwartung von MEHR,

André Karutz

---

5. Leserbrief

So einfach ist das! (Vorsicht, Sarkasmus.) Man braucht nur kurz dazu aufzurufen, und „Deutschland steht auf gegen rechts“, so die Meldungen. Ja, Deutschland ist jetzt links, und die Bauernproteste haben wir fast wieder vergessen, die sind sowieso rechts unterwandert wie damals die Corona-Demos; davor wurde eindrücklich gewarnt. – Man könnte fast meinen, diese Demonstrationen seien inszeniert worden, um zu verhindern, dass sich die regierungskritischen Bauernproteste ausweiten, so auffällig war das Timing. Aber nein, die

Leute sind alle ganz spontan auf die Straße gegangen, um gegen die menschenverachtenden Pläne der AfD zu protestieren und sich für weitere Zuwanderung und rasche Einbürgerung einzusetzen. Was sonst? Wir können die Neubürger nicht nur in der Wirtschaft gut brauchen, sondern auch bei der Bundeswehr, wenn sie zur „Kriegsertüchtigung“ ruft.

Dr. Susanne Eckstein

---

6. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

dieser Artikel hat mich als ehem. DDR-Bürger inspiriert, nach Bildern vom 1.Mai 1989 in der DDR zu suchen, also wenige Monate vor dem Zusammenbruch des Staates (Suche: „bilder ddr 1989 1.Mai demonstration“). Hier der kleine sehr interessante Film von 1989:

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Wie sich die Bilder und Situationen gleichen, nicht wahr? Damals gingen viele Menschen zur „Maikundgebung“ um Repressalien oder dummen Fragen auszuweichen. Damals waren es ~100% Beschäftigte bei 17 Mio EW in Staatsunternehmen und Ämtern beschäftigt, heute haben wir auch schon über 50% Staatsdiener bei 80Mio EW. Und die Chefs wissen heute und wussten es damals wie sie ihre Schäfchen zur Demo „überreden“ müssen. Wenn sie es nicht tun bzw. taten, machen es Andere und dann gemeingefährlich.

Mit freundlichen Grüßen
Manfred Sonntag

---

7. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Ihr Text über den „Aufstand der Anständigen“ ist ein Beitrag zur demokratischen Kultur in Deutschland. Die aktuellen Demonstrationen „gegen rechts“, deren Hintergrund Sie analysieren, richteten sich nach den Erklärungen der Veranstalter gegen die AfD. Auslöser der Demonstrationen und der gegen die AfD gerichteten Medienkampagne waren die Berichte von Correctiv-Journalisten über ein Treffen rechtsgerichteter Aktivisten in Potsdam, an dem u. a. auch mehrere AfD-Politiker teilgenommen haben. Die Bewertung der Demonstrationen durch die etablierten Parteien und durch die etablierten Medien ist in der Tat kaum nachvollziehbar, wenn man die politischen Ziele der AfD mit aktuellen Erklärungen von führenden Vertretern zur Migrationspolitik der anderen Parteien vergleicht, wie beispielsweise von Olaf Scholz oder von Nancy Faeser.

Ich bin der Meinung, dass an dem Vorgang für unsere Demokratie ein Gesichtspunkt noch deutlich problematischer ist, als die von Ihnen zu Recht festgestellte Doppelmoral (oder Heuchelei) der etablierten Parteien und der etablierten Medien. Wir erleben, dass die AfD und ihre Vertreter von vielen Vertretern des Staates und von vielen Vertretern der Medien als „Feinde“ bezeichnet werden, „Feinde“ der Verfassung, „Feinde“ der Demokratie oder „Feinde“ unseres Staates. Dabei handelt es sich um (AfD-feindliche) Gefühle und Stimmungen, und nicht um Aussagen auf einer Sachebene. Wenn politische Gegner massenhaft und systematisch öffentlich als „Feinde“ bezeichnet und behandelt werden, ist unsere Demokratie gefährdet. Die Spaltung der Gesellschaft, und die aktuellen Gefahren für unsere Demokratie, werden nicht von der AfD verursacht, sondern von denen, die die AfD als „Feind“ behandeln, und vom politischen Diskurs und vom politischen Wettbewerb ausschließen wollen. Die von Ihnen kritisierte „Doppelmoral“ macht deutlich, dass dem weit verbreiteten „Feindbild AfD“ in Deutschland eine sachliche, an der Verfassung orientierte, Grundlage fehlt.

Wenn wir unsere Demokratie erhalten wollen, dann ist es wichtig, scharf zu differenzieren: Ein politischer Kampf, mit sachlichen Argumenten und mit den politischen Instrumenten der Demokratie in den anstehenden Wahlen, ist notwendig und sinnvoll, in der Migrationspolitik mehr als bei manchen anderen Themen in Deutschland. Wenn wir dem politischen Gegner jedoch jede sachliche Legitimation absprechen, ein Feindbild aufbauen, und ihn durch Diffamierung zum Schweigen bringen wollen, sind wir es, die die Demokratie gefährden. Wenn (nach meiner Vermutung mindestens) 20 Prozent der Westdeutschen und 30 Prozent der Ostdeutschen den migrationspolitischen Ideen der AfD (die man im AfD-Programm

nachlesen kann) ganz oder teilweise zustimmen, dann ist das in einer Demokratie als Teil der demokratischen Auseinandersetzung zu akzeptieren. Wer die Anhänger und Wähler der AfD direkt oder indirekt als verantwortungslos und geschichtsvergessen behandelt, spaltet Deutschland, zumal jeder AfD-Wähler sieht und weiß, wie gering inzwischen (anders als 2015) die Unterschiede in der Migrationspolitik zwischen der AfD und den anderen Parteien sind. (Die Analyse hat nichts mit meiner persönlichen Auffassung zur Migrationspolitik zu tun: Ich bin in der Sache ein scharfer Kritiker der Ziele der AfD in der Migrationspolitik, ich bin ebenso ein scharfer Kritiker der Regierungspolitik, die sich m. E. schon lange nicht mehr an den Vorstellungen orientiert, die ich von einem vernünftigen und menschlichen Umgang des deutschen Staates mit Flüchtlingen erwarte.)

Die Affäre um das Potsdamer Treffen hat noch einen anderen Aspekt, den Sie in Ihrem Beitrag nicht thematisieren: Die Berichte von Correctiv über das Treffen, die man im Internet nachlesen kann, sind substanzlos. Die AfD-Vorsitzende Alice Weidel hat diese Berichte und vor allem die Verarbeitung dieser Berichte in den deutschen Medien zu Recht als einen Medienskandal bezeichnet. Die von den Correctiv-Berichten ausgelöste Medienkampagne ist sachlich nicht nachvollziehbar. Die Correctiv-Berichte bestehen überwiegend aus einer Vermittlung von Stimmungen, beispielsweise durch die Verwendung negativ aufgeladener, unklarer Begriffe, wie „Masterplan“ oder „Remigration“. Aus einer Teilnahme einzelner AfD-Vertreter an dem privaten Treffen in Potsdam sind keine Schlüsse möglich, was Diskussionsbeiträge einzelner Teilnehmer auf dem Treffen mit tatsächlichen Zielen der AfD – oder mit den Zielen in bestimmten Strömungen in der AfD – zu tun haben. Es ist journalistisch unzulässig, bestimmte angebliche Erklärungen auf dem Treffen als Sachverhalt zu behandeln, wenn Correctiv Informationen von unbekannten Dritten erhalten haben will, Teilnehmer des Treffens auf Rückfrage von Correctiv die Erklärungen jedoch bestreiten. Außerdem fehlt in den Correctiv-Berichten jede Konkretisierung, wodurch sich bestimmte Erklärungen auf dem Treffen vom offiziellen, allgemein zugänglichen, Parteiprogramm der AfD einerseits, oder andererseits von Vorstellungen, die in den etablierten Parteien beispielsweise von Scholz oder Faeser diskutiert werden, unterscheiden sollen.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Schulte-Kellinghaus

---

8. Leserbrief

Hallo,

Ich habe mit grosser Sorge die enormen Menschenmengen gesehen, die bereit waren, diese Kampagne persönlich zu unterstützen. Mit ebensolcher Beklemmung hab ich die div. Redner gehört, die die Losung ” ganz Berlin (Heidelberg, Köln etc.) hasst die AfD” skandierten, die bereitwillig, teils auch begeistert, vom Publikum aufgegriffen wurde. Was, wenn nicht das, ist Hetze und Aufstachelung zum Hass und somit verfassungswidrig und strafbar ?

Wird die Bundesanwaltschaft entsprechende Ermittlungen aufnehmen ?

Leider ist das wohl nur eine rhetorische Frage, denn wenn es gegen “die Bösen” geht, ist alles erlaubt .

Inhaltliche Auseinandersetzung ist offensichtlich zu mühselig und nicht gewollt. Stempel drauf- das funktioniert problemlos , zumal die Informationsbasis der Bürger bewußt dünn und einseitig gehalten wird. Interessen zu erkennen und abzuwägen ist nicht mehr en vouge – Haltung zeigen – wozu auch immer – schon.

Dass es letztlich jeden treffen kann, der mit den Narrativen der Herrschenden nicht übereinstimmt und genau das die Tür zur Willkür aufstösst ist den Demonstranten nicht klar.

Armes Deutschland

Viele Grüße
C.Unger

---

9. Leserbrief

Lieber Herr Berger,

zwischen den Zeilen Ihres Kommentars bezüglich der Menschenmassen, die ENDLICH ein Zeichen setzen (das wurde wirklich langsam mal Zeit) und aufstehen, ihre Stimme erheben und Präsenz zeigen gegen Rechtsextremisten in unserem Land ist deutlich herauszulesen, dass Sie bisher noch nicht dabei waren.

Schade! Doch es ist noch nicht zu spät, auch für Sie nicht. Wir zählen auf Sie!

Es ist doch in Wahrheit nicht so, wie Sie schreiben:

Mitnichten hat die Regierung diese Proteste organisiert, wie Sie darlegen. Die Menschen haben sich vielmehr selbst organisiert.

Die Proteste sind auch nicht pro Ampel, wie Sie beschreiben. Sie richten sich gegen Rechtsextremismus.

Die Proteste werden auch nicht auf dem Rücken der Flüchtlinge ausgetragen. Im Gegenteil.

Also: Denken Sie doch einfach nochmal nach, lieber Herr Berger. Es würde Ihnen und den Nachdenkseiten gut zu Gesicht stehen.

Bernt Kusche

Anmerkung Jens Berger: *Lieber Herr Kusche,*

ich habe die Organisatoren nicht für jeden Ort geprüft. Aber hier in Niedersachsen tauchten fast überall wahlweise die SPD, die Jusos oder andere Organisationen aus dem Umfeld der SPD auf.

Beste Grüße
Jens Berger

---

10. Leserbrief

Sehr geehrte Nachdenkseiten!

Die Demo gegen Rechts war überfällig. Ich hoffe sie hat Erfolg. Nicht das die AFD verboten wird, sondern das sie weniger Zustimmung bekommt.

Es ging nicht um ihr Parteiprogramm, sondern wegen faschistischer Umtriebe. Zweifellos gibt es die, aber kaum mehr als bei anderen Parteien (die Flügel eben). Bloß diesmal gingen sie zu weit.

Im Grunde wollten sie der Regierung in Großbritanniens nacheifern. Zum Glück waren ein paar Neonazis dabei. Sonst hätten die Medien es gar nicht auswerten können. Das hat dann das Fass zum überlaufen gebracht.

Im Prinzip ist das doch so: Warum soll einer den Faschismus anstreben, wenn sie den Neoliberalismus haben?

So haben wir nun eine Regierung, die vorgibt für die Menschen zu sein, aber alles macht, was der Kapitalismus verlangt.

Schon längst haben wir die Kontrolle über unser Parlament verloren. Sie werden zwar von uns gewählt, aber geraten schnell in andere Abhängigkeiten oder nur in Gegebenheiten, die sie nicht umschiffen können. Wie auch immer, es ist eine Mühle und wir drehen sie nicht.

Mit freundlichen Grüßen Peter Probst

---

11. Leserbrief

Lieber Herr Berger!

Es ist ein Aufstand der Unanständigen, denn diese Demonstranten können oder wollen nicht erkennen, dass sie ein System unterstützen, welches mit dem ungebremsten Fortschreiten von Privatisierung, Digitalisierung und Globalisierung die Lebensgrundlagen der Menschen zerstört. Es ist nicht zu verkennen, dass die Fernsehmoderatoren mit großer Freude von diesem Geschehen berichten, wobei man sich wirklich fragen muss wie eine so spontane Mobilisierung angeblich so großer Massen möglich ist. Sicherlich tragen da auch Gewerkschaften, Kirchen und andere Verbände dazu bei, die ja alle in das gleiche Horn blasen. Die einzige Gewerkschaft, welche im Augenblick noch etwas für ihre Mitglieder macht, ist die GdL. Wenn ihr Führer Claus Weselsky in den Ruhestand tritt, wird auch dies vorbei sein. Im Gegensatz zu diesen regierungsfreundlichen Kundgebungen, sollen die Querdenkerdemos (Widerstand gegen die persönlichen Einschränkungen), Wagenknechtdemos (Friedensbewegung) und die Bauerndemos genau das Gegenteil bewirken, nämlich Kritik an der Elite. Da wehren sich die Landwirte auch dagegen, dass man ihnen ihre Äcker wegnimmt, die zu Gewerbegebieten umfunktioniert werden, welche angeblich Arbeitsplätze bringen sollen, was aber eben aufgrund der Digitalisierung kaum mehr möglich ist. Warum kümmern sich diese vom Staat gerufenen Demonstranten nicht um die damit einhergehenden Probleme. Probleme, welche nicht nur die unsinnige Zerstörung der Natur auch durch gewerblich genutzte Gebäude zur Folge haben, sondern auch eine Belastung für die Luft sind, weil ja die Lebensmittel dann immer mehr aus dem Ausland herantransportiert werden müssen. Jene vom Staat gerufenen Demonstranten sollen für die Klimahysterie sorgen, aber nicht für Kritik an Landschaftszerstörung,

Luftbelastung durch den Transport mit Flugzeugen, den Weltraumtourismus und die vom vom Westen geführten Kriege. Diese einseitige Belastung von Autofahrern und Hausbesitzern, aber das Weglassen der Berichterstattung von Landschaftszerstörung und CO-2 Bildung durch Kriege und Weltraumtourismus scheint mir auch eine Doppelmoral zu sein. Und noch ein Wort zur Ausländerfeindlichkeit. Die ist auch bei anderen Parteien, vor allem der CDU vorhanden. Ich bin fest der Überzeugung, dass die AfD jetzt in erster Linie wegen ihrer Russlandfreundlichkeit verfolgt wird. Diese Russlandfreundlichkeit und eine nicht geschürte Klimahysterie hat uns die vergangen Jahre vor der radikalen Erhöhung der Energiepreise und einer damit verbundenen Inflation bewahrt und damit positiv auf das Leben der Menschen eingewirkt. Das nächste Opfer wird aufgrund des friedenspolitischen Ansatzes die Wagenknechtpartei sein. Vielleicht setzt sich auch das Umfeld von Hubert Aiwanger für einen Ausgleich mit Russland ein. Dann wird auch er (wieder) ein Opfer unseres Machtkartells werden.

Mit freundlichem Gruß
Harald Pfleger

---

12. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

dass so viele Menschen sich am Wochenende zu Protesten gegen die AfD auf der Straße versammelten, ließ mich mit etwas Verwunderung zu Hause verbringen.

Meine Frage, warum jetzt?

Was war denn passiert, außer dass ein fragwürdiges Netzwerk “angeblich” Enthüllungen zu einem “angeblich” rechtsradikalem Treffen im November23!!! in Potsdam veröffentlicht hatte?

Ehrlich gesagt, außer ein paar verwackelten Fotos von außen durch ein Fenster habe ich bislang wenig gesehen. Beweise für dort Vorgetragenes? Von wem vorgetragen?

Dass Correctiv in weiten Teilen von Steuergeldern/Regierung finanziert wird, dürfte Ihnen und Ihrer Leserschaft hinlänglich bekannt sein.

Heute morgen fand ich dazu diesen Artikel bei ntv.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt, doch lässt diese Information zumindest den Zeitpunkt der Demos als äußerst günstig erscheinen, oder?

Ich würde mir von Herzen wünschen, dass all diese demokratieliebenden Gutmenschen den gleichen Eifer für Friedensdemos aufbringen könnten.

Meine Recherche ergab, dass maßgeblich Campact gemeinsam mit Kirchen die Demos am WoE organisierte. Vielleicht mögen die auch mal zu Demos für Frieden und Waffenstillstand aufrufen?

Während diese lieben Leute gegen die AfD liefen, haben erneut viele Ukrainer ihr Leben durch vom Westen gelieferten Waffen ihr Leben verloren. (27 Tote bei Beschuss von Markt in Donezk)

Ich mag dieses Partei und einige ihrer Führungskräfte ebenfalls gar nicht, aber meines Wissens hat sie bislang niemanden getötet!

Mit liebem Gruß und großem Dank für Ihre Arbeit
Irene Reynolds

---

13. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger, liebes Team der Nachdenkseiten,

in Bezugnahme auf Ihren Beitrag „Aufstand der Anständigen? Oder doch eher Doppelmoral?“ kann ich auf einen älteren Beitrag von den Nachdenkseiten verweisen, der klar aufzeigt, womit wir es bei den vom Staat und assoziierten Gruppen organisierten und orchestrierten Demonstrationen zu tun haben. Der Beitrag „Kampf gegen Rechts heißt Kampf gegen Links“ vom 15.02.2020 von Rainer Mausfeld zeigt genau auf, womit wir es heute zu tun haben, dass der Kampf gegen Rechts eher ein Kampf gegen Links ist und eher der Machterhaltung der Herrschenden und somit der Aufrechterhaltung der neoliberalen Ideologie dient. Aus diesem Beitrag reichen meines Erachtens nach schon die ersten Passagen, die genau skizzieren, was wir gerade im ganzen Land erleben:

„Die heute als populistisch deklarierten politischen Erscheinungsformen lassen sich verstehen als eine Reaktion des Volkes auf die stete erlittene Verachtung durch die Eliten. Heftige Affekte, die aus der erfahrenen Verachtung resultieren, entladen sich nun mit

populistischer Wucht und Unberechenbarkeit, oft auch in Formen, die mit dunkleren Seiten der menschlichen Natur verbunden sind. Diese Affekte sind oft als Abwehr gegen die eigenen Ohnmachtsgefühle zu verstehen und richten sich nun vor allem gegen die sozial Schwächsten. Ohnmachtsgefühle wurden und werden seit Jahrzehnten in systematischer Weise erzeugt, um das Volk von einer politischen Partizipation fernzuhalten. Das Aufblühen des sogenannten Rechtspopulismus ist also eine direkte Folge der vorhergegangenen Jahrzehnte neoliberaler Politik und Ideologie der Alternativlosigkeit und der damit verbundenen Entleerung des politischen Raumes. Zugleich sucht die neoliberale „Mitte“ den von ihr erst mit hervorgebrachten Rechtspopulismus für eine weitere Angsterzeugung zu nutzen, um sich durch eine solche Drohkulisse bei Wahlen zu stabilisieren.

Der von oben verkündete Kampf gegen den Rechtspopulismus verdeckt, wie groß tatsächlich die Gemeinsamkeiten sind mit dem, was es angeblich abzuwehren gilt. Dies betrifft sowohl die Form einer populistischen Rhetorik als auch die den Rechtspopulismus kennzeichnenden Aspekte rassistischer und kulturrassistischer Ressentiments.

Politik und Medien bedienen sich, wenn es darum geht, ihre politische Agenda zu vermitteln, seit jeher einer Form kommunikativer Mittel, durch die sich die adressierten Teile der Bevölkerung besonders wirksam mobilisieren lassen. Zu diesen Mitteln gehören insbesondere unzulässige und auf schnell aktivierbare Affekte zielende Vereinfachungen, wie sie für eine populistische Sprache charakteristisch sind. Ein Blick auf die Wahlplakate der vergangenen Jahrzehnte sollte genügen, um sich davon zu überzeugen, wie aufrichtig und entschlossen sich die Parteien um die Vermeidung populistischer Rhetorik und populistischer Komplexitätsreduktion bemühen.“

nachdenkseiten.de/?p=58488

Und es stellt sich hier zwingend die Frage, wo denn genau diese Organisationen und Institutionen während der Corona-Krise waren, als sich mehr und mehr ein autoritärer, in Ansätzen totalitärer Staat aufgebaut hat und dabei abseits des wissenschaftlichen Diskurses und unter Ausschaltung kritischer Wissenschaftler Dinge wie Lockdowns, Maskenpflicht, der Versuch der flächendeckenden Einführung der Impfpflicht, Beschränkungen für Ungeimpfte über die 2G-Maßnahmen eingeführt und umgesetzt wurden? Diese Gruppen haben mehr oder weniger all diese Maßnahmen unterstützt und sind gegen Maßnahmen-Kritiker mit Diffamierungen, Denunziationen, Provokationen, Störungen angemeldeter Versammlungen, Bedrohungen über die Arbeitsstellen, dem Einsatz von Stalking-Taktiken u.v.m. besonders negativ aufgefallen! Und ich spreche da aus eigener Erfahrung hier aus dem Rhein-Main-Gebiet, wo genau die von mir aufgezählten Punkte von solchen Institutionen praktiziert wurden!

Mit freundlichen Grüßen
Torsten Miertsch

---

14. Leserbrief

Nachdenken? Wer sind die nunmehrigen Pegidisten?

Jens Berger hat die in- und miteinander verklebten Ansichten -es sind KEINE EINSICHTEN- sauber auseinanderklamüsert. Die meisten NDS-Leser werden den Fahnenschwingern und Politkarnevalisten der in den Medien begeistert vorgeführten Fahnenschwinger aller möglichen Provenienz kaum ein Nachdenken zusprechen – noch nicht einmal ein Mitdenken. Ganz hoch flattern lassend: eine Gruppe LGBT-Heiliger. Auch gendernd wurde mitgetippelt, was ja weniger bedrohlich scheint. Dicht dabei die Waffenfreunde – Ukraine unterstützen!

Wer also sind diese neuen Wanderer? Es sind alle die, welche den Niedergang ihrer AMPEL-Männchen (*innen) nicht verkraften können und vor sich selber nicht in der Lage sind einzugestehen, dass dies die übelste Regierung ist, die jemals diese Republik geführt hat. Diese Verzweiflungspegida führt der AfD weitere Wähler zu – nicht Anhänger! Wagenknechts Bündnis soll den Friedensinitiative-Antrag in Sachen Ukraine der AfD abgelehnt haben. Warum nicht enthalten, wo doch nur die AfD ……. man möchte nicht mehr weiterschreiben und AfD wählen geht auch nicht.

Dieter Münch

---

15. Leserbrief

Soeben hatte ich meinen Leserbrief zu den AfD Demos an meine Regionalzeitung geschickt, da habe ich den Beitrag von Jens Berger gelesen.

Dieselben Bedenken hatte ich auch. Insofern denke ich, dass mein Leserbrief auch dazu passt.

Mit allerbesten Grüßen und herzlichem Dank für eure tolle Arbeit,
Ernst-W. Belter, 22.01.24

Leserbrief zu „Enormer Andrang“ vom 22.01.2024

Der enorme Andrang, der bundesweit bei den Demonstrationen gegen die AfD überall zu verzeichnen war, ist sehr erfreulich, nachdem es lange Zeit viel zu still um diese Partei gewesen ist. Auch ich war unter den 30000, die in Dortmund gegen den drohenden AfD-Faschismus demonstriert haben. In den Reden und auch in den Berichten in der Zeitung wurde in aller Ausführlichkeit dargestellt, welche schrecklichen Konsequenzen es für unsere freiheitliche Demokratie hätte, würde die AfD tatsächlich in eine Machtposition kommen.

Was ich aber vermisst habe, ist dass kaum etwas über die Ursachen zu lesen oder zu hören war, welche dazu geführt haben, dass die AfD diesen Zulauf bekommen hat.Es liegt doch auf der Hand, dass die Ursache in dem Versagen der etablierten Parteien zu suchen ist.

Auf derselben Seite mit dem Aufmacher über den enormen Andrang ist ein Artikel über die Renten in Deutschland: „Knapp die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner haben ein Einkommen von weniger als 1250 Euro im Monat. Jede vierte Rente beträgt weniger als 1000 Euro. Die durchschnittliche Brutto-Rente beträgt 1728 Euro bei Männern und 1316 Euro bei Frauen.“ Das ist auch nicht erst seit der Ampel so, sondern genau genommen schon seit über 20 Jahren quer über alle Farben hinweg außer blau. Wen wundert es denn da, dass die Leute nach einer sich bietenden Alternative greifen. Dabei ist es dann offensichtlich auch egal, dass es die AfD nun gerade nicht ist, will sie doch laut Programm die gesetzliche Rente ganz abschaffen.

Der Unmut ist ja nicht nur wegen der Renten so groß, sondern erstreckt sich über fast alle Bereiche des Lebens. Aufgabe der Regierung wäre es doch dafür zu sorgen, dass

- alle Menschen ein auskömmliches Leben haben ohne die Tafeln nutzen zu müssen,
- die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander geht,
- die Mieten nicht ins Unermessliche steigen,
- Straßen und sonstige Infrastruktur nicht verrotten,
- Krankenhäuser für die Menschen da sind und nicht für Investmentfonds,
- in Schulen in kleineren Klassen und intakten Gebäuden unterrichtet werden kann.

Diese Aufzählung ist keineswegs vollständig, würde aber den Rahmen eines Leserbriefs sprengen.
Dabei höre ich schon den Aufschrei: „Wer soll das denn alles bezahlen, das kostet doch Unsummen?“

In der vergangenen Woche wurde auch in dieser Zeitung über den jährlichen Reichtumsreport von Oxfam vom 16. Januar berichtet. Ich zitiere:“ In Deutschland sahnen die Reichsten am meisten ab. Von dem gesamten Vermögenszuwachs in den Jahren 2020 und 2021 gingen 81 Prozent an das reichste eine Prozent und die restlichen 99 Prozent teilen sich den Rest.“

Noch Fragen?

Besonders heuchlerisch fand ich, dass auch Herr Scholz mitsamt seinen Ministern an der Demo in Berlin teilgenommen hat.

Ernst-W. Belter, 22.01.24

---

16. Leserbrief

Bei dem wie gewohnt guten Artikel von Jens Berger fehlt mir ein Aspekt: Die Mobilisierung zu den Demos gegen Rechts erscheint mir als ein Testlauf für eine größere Aktion, bei der dann für eine aktive Befreiung von der Bedrohung durch Russland auf die Straße gegangen wird.

Ich habe meine Gedanken in Reimform aufgeschrieben:

Deutschland deine Lemminge

Endlich ist es mal wieder soweit:
Es gilt das Gebot der Wehrtüchtigkeit.

Die Diplomatie wurde abgeschafft,
das Denken hat´s dahingerafft.

Der Aufmarsch im Osten gerade begann,
mit geplanten 90.000 Mann.

Es ist mal wieder das Russen-Land,
von dessen Bedrohung wir uns befreien mit atomarem Flächenbrand.

Fehlende Wohnungen, kaputte Straßen und marode Schulen sind ab jetzt nur noch kleinliche Sorgen,
verglichen mit dem strahlenden morgen.

Die deutschen Lemminge werden mobilisiert,
es wird wohl für die Befreiung Russlands demonstriert,
gegen die Bedrohung von einem Mann,
dem kriegerischen fürchterlichen Tyrann.

Nur eines dabei ist nicht so schön,
ein leuchtendes Russland wird kein Deutscher mehr sehn.

Mit besten Grüßen,
W. S.

---

17. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Berger,

Sprache, und insbesondere die deutsche, hat die wunderschöne Eigenschaft ein und dieselbe Botschaft passend für jede Art von Empfänger zu formulieren. So werden dann selbst Grausamkeiten zu einem „Strauß Blumen“.

Auf medialer und politischer Ebene nennt man das dann „Beeinflussung der Öffentlichen Meinung“. Diese ist ideologisch aufgeladen und hat absolut nichts mit der „öffentlichen Meinung“ zu tun. Nur merken das die wenigsten Bürger, solange sie denken, sie stünden auf der „freiheitlich demokratischen“, sprich „richtigen“, Seite.

Dabei kommt dann so etwas raus, wie ein „Rückführungsverbesserungsgesetz“.
Und wer denkt, dass die Bundesregierung damit etwas „verbessern“ will, der denkt auch, dass völkerrechtswidrige Sanktionen eine „humane Art“ sind, Konflikte auszutragen. Dumm nur, dass dabei Zivilisten statt Soldaten sterben.

Egal. Es ist richtig und wichtig, denn niemand macht sich direkt die Finger schmutzig und

es ist für eine „gute Sache“. Wenn juckt es da noch, dass in Syrien Kinder verrecken, weil die Medikamente fehlen.

Dieses Denken führt unweigerlich zu einer niedrigeren Schwelle gegenüber Gewalt und manifestiert sich in traurigen Ausdrücken, wie:

„AFDler töten (sic), Nazis abschieben – für die Freiheit (sic), für das Leben“.

Es ist eine Perversion von Freiheit und Demokratie und diejenigen, die das tolerieren, wenn nicht sogar begrüßen, sind nicht minder faschistoid als diejenigen, denen sie das vorwerfen.

Wer nicht verstehen kann, wie die deutsche Bevölkerung sehenden Auges den Ausbruch beider Weltkriege bejubelt hat, der muss nur die aktuelle Öffentliche Meinung betrachten und verstehen:

> “Krieg ist Frieden; Freiheit ist Sklaverei; Unwissenheit ist Stärke”
> – 1984,George Orwell

Beschämtes Kopfschütteln
Eugen Baitinger

Anmerkung zur Korrespondenz mit den NachDenkSeiten

Die NachDenkSeiten freuen sich über Ihre Zuschriften, am besten in einer angemessenen Länge und mit einem eindeutigen Betreff.

Es gibt die folgenden E-Mail-Adressen:

- leserbriefe(at)nachdenkseiten.de für Kommentare zum Inhalt von Beiträgen.
- hinweise(at)nachdenkseiten.de wenn Sie Links zu Beiträgen in anderen Medien haben.
- videohinweise(at)nachdenkseiten.de für die Verlinkung von interessanten Videos.

- redaktion(at)nachdenkseiten.de für Organisatorisches und Fragen an die Redaktion.

Weitere Details zu diesem Thema finden Sie in unserer „Gebrauchsanleitung“.